

und abzugeben. Die Dampfmaschinen geben sich nicht nach Umstand, wo sie weitere Leistung erhalten sollen.

Bromberg. Ein Erkundungsvorstoß, der von General aus auf ein angesetzt war, ließ bei Schmalbach, Mittern und Dr. Suchorans auf weit überlegene polnische Kräfte und kam nicht weiter zur Durchführung.

Offen. Der Bergarbeiterstreik gewinnt wieder eine größere Ausdehnung. Es befinden sich die Belegschaften von zehn Betrieben im Ausstande.

Erfurt. Das diesige Telegraphenamt ist von Kesseln wieder geräumt worden.

Karlruhe. Der frühere elsass-lothringische Staatssekretär Horn v. Dalach ist von den Franzosen aus den Reichskassen ausgewiesen worden.

Wien. Der Staatsrat beschloß, der Einladung der deutschen Reichsregierung entsprechend, den deutsch-österreichischen Gesandten, Dr. Rudo Hartmann, in den deutschen Staatenausschuß zu entsenden.

Zugumburg. Nach einer Kavass-Meldung hat die böhmerische Großherzogin von Zugumburg, Marie Adelheid Zugumburg verlassen und sich nach Deutschland begeben.

Paris. Zwischen den Polen und Tschechoslowaken ist ein vorläufiger Vertrag, der sich auf das Fürstentum Teschen bezieht, geschlossen worden. Er bestimmt die Grenzen der Gebiete, die jedes Land beziehen wird.

Internationaler Sozialistenkongress.

Die Schuld am Kriege.

Bern, 5. Februar.

Auf dem Internationalen Sozialistenkongress wandten sich die deutschen Vertreter entschieden gegen die beabsichtigte Vergewaltigung Deutschlands und kamen dann auf die Schuldfrage zu sprechen. Sie sind der Auffassung, daß der Weltkrieg im allgemeinen eine Folge des Imperialismus des vorigen Jahrhunderts sei. Zum Schluß drohten die deutschen Sozialisten eine Resolution ein, in der es heißt: „Damit die Verantwortung festgestellt werde, fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands die restlose Aufklärung dieser Vorgänge, wie sie die russische Sowjetregierung begonnen hat und wie sie die sozialistische Regierung der deutschen Regierung sofort nach der Revolution erklärt hat, die den Krieg betreffenden Dokumente aufs genaueste zu prüfen und zu veröffentlichen. Wir erwarten aber auch von den Parteigenossen aller übrigen kriegführenden Länder, daß sie von ihren Regierungen das gleiche Vorgehen verlangen, damit die Schuldfrage in ihrer ganzen Ausdehnung geklärt werde.“

Wilson und die deutsche Frage.

Frankreich muß geschädigt werden.

Paris, 4. Februar.

Präsident Wilson hielt in der Kammer der Abgeordneten eine bemerkenswerte Rede, in der er u. a. ausführte:

„Menschen auf beiden Seiten des Weltmeeres und in allen Teilen der Welt haben eingesehen, daß die Kameraden für den Kampf um die Freiheit sind. Jenseits des Rheins, in Deutschland, Polen, Litauen gibt es Fragen, die noch nicht gelöst sind, die vielleicht bis zu diesem Augenblicke nicht gelöst werden konnten. Frankreich steht noch immer an der Grenze diesen drohenden, unbeantworteten Fragen gegenüber, und wenn es allein stehen würde, müßte es andauernd bewachen sein und Opfer auf sich nehmen, die auf die Dauer untragbar wären. In derselben Lage wie Frankreich befinden sich auch andere Nationen. Sie müssen andauernd gewappnet sein, auf irgendwelche plötzlichen auftretenden schrecklichen Zwischenfälle der Ungerechtigkeit. Die Regierungen der Welt haben bisher nur an ihre Beziehungen untereinander gedacht und darüber die Interessen der Völker vergessen. Sie haben nicht an die Schicksale der Frauen und Männer gedacht und an die Sicherheit ihrer Heimate, und daß sie danach trachten müßten, ihre Völker glücklich und zufrieden zu machen durch die Sicherheit ihres Lebens.“

Wilson betonte zum Schluß, man wisse jetzt, daß der einzige Weg, dies Ziel zu erreichen, sei, daß, wenn Frankreich bedroht werde, die ganze Welt bereit sein müßte, das zu tun.

Die bolschewistischen Banden.

Ihr wahres Gesicht.

Dem Vertreter der B. S. am Mittag wurde in Rönigsberg i. Pr. von zuständiger Seite Auskunft erteilt über das Wesen der Bolschewisten, die jetzt Rurland brandstapeln und bald vor den Toren Ostpreußens stehen werden. Gegenwärtig, so wurde ihm mitgeteilt, stehen die Bolschewisten ungefähr hundert Kilometer östlich Romno und im Norden von Libau. Zu unterscheiden ist zwischen bolschewistischen Sowjettruppen und bolschewistischen Banden. Die gegen Westen gerichteten Sowjettruppen werden von militärischer Stelle auf

250 000 bis 400 000 Mann

geschätzt, doch hat der überwiegende Teil gegenwärtig nach der Ukraine abgedreht. An der ostpreussischen Front sollen 80 000 bis 80 000 Mann stehen. Die Sowjettruppen, deren Kompanien etwa 250 Mann zählen, verfügen über Artillerie und Kanallerie, sind in größere Verbände zusammengefaßt, werden von Offizieren geführt und durch Prügel- und Todesstrafe in eiserner Disziplin gehalten. Ihre Vorhut und Nachhut sind von waghalsigen Männern geführte Banden, welche unter der Fimra des Kommunismus raubend das Land durchziehen. Wagen sie es, wie einst in Riga, den Sowjettruppen den Raub ersichtlich zu machen, so werden sie von diesen niedergeschossen. In diesen Banden sind

alle Nationen vertreten,

auch Deutsche und Österreicher. Es kommt überdies vor, daß deutsche Rückläufer von Sowjettruppen unter Todesdrohungen zum Eintritt in ihre Reihen gezwungen werden. Banden wie Sowjettruppen gleichen den Nomaden, die, nachdem sie ein Gebiet abgegrast haben, nach anderen Gebieten vorwärts gedrängt werden, da sie keinen Nachschub erhalten und sich aus dem von ihnen belegten Lande ernähren müssen. Ihr Zug zielt nach den Städten. Nach Ausplünderung Rigas wandten sie sich nach Bindau, das bereits gefallen ist und nach Libau, wo Sonntag Gefechte stattfanden. Rönigsberger Militärstellen befürchten, daß nunmehr zunächst über kurz oder lang Remel an die Reihe kommt. In sonderbarem Gegensatz dazu steht die Auffassung des Volksrats und Zentralrats, welche meinen, daß die Bolschewisten schwach, regellos und angriffsunfähig sind.

Daenisch über Kultur und Revolution.

Seine Stellung zum Christentum.

Berlin, 4. Februar.

Der preussische Kultusminister Daenisch erklärte in einem öffentlichen Vortrag, er verkenne nicht, daß die lebendigen, ethischen Kräfte des Christentums der Volkserziehung dienlich zu machen seien, und gerade er als überzeugter Sozialist möchte nicht darauf verzichten sie zu benutzen, obwohl er für Ausschaltung jeden religiösen Gewissenszwanges sei. Aber diese Entwicklung müsse sich organisch vollziehen und nicht in überhätiger Hast vor-

genommen werden. Das eine oder wolle er auch noch sagen, er glaube, daß in Zukunft die Arbeiterklasse einen wesentlichen Einfluß auf die ökonomische Wirtschaftsordnung haben werde. Dabei müsse er festhalten — und ihm als überzeugten Sozialisten tue das besonders weh — daß weite Schichten der Arbeiter sich der Revolution nicht würdig gezeigt hätten. Für diese wäre die Ummöglichung nur in eine Lohnbewegung ausgeartet. Und die Revolutionsgewinner seien ihm ebenso unangenehm wie die Kriegsgewinner.

Generalfreist in Düsseldorf!

Das Ultimatum an Spartakus.

Düsseldorf, 4. Februar.

Die Gemaltheerrschaft der Spartakisten hat hier derartige Formen angenommen, daß sich alle Andersgestimmten nunmehr zusammengeschlossen und an die Spartakisten ein kurzfristiges Ultimatum gerichtet haben. Wenn die Spartakisten sich diesem nicht beugen, beginnt sofort der Generalfreist aller Beamten, Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Apotheker, aller Handwerker, Gewerkschaften, Kaufleute, Bankbeamten, Rechtsanwälte usw. Die Entrichtung der Steuern ist eingestellt worden, ebenso jegliche Zahlung aus städtischen Mitteln.

Neuregelung der Kommandogewalt.

Die Soldatenräte aller Armeekorps.

Berlin, 4. Februar.

Heute traten im Herrenhause die Delegierten der Soldatenräte aller Armeekorps zusammen, um zu der Neuregelung der Kommandogewalt Stellung zu nehmen. Die Sitzung gestaltete sich von Anfang an äußerst stürmisch. Zunächst erhoben zahlreiche Delegierte Protest dagegen, daß die heutige Sitzung im geheimen geführt werden solle, daß man die Presse nicht zulassen wolle, während in der Einladung, die an die Korps zumeist telegraphisch ergangen ist, die Delegierten zu einer öffentlichen Konferenz eingeladen wurden. Cohen-Reuß vom Zentralrat führte aus, daß die Zusammenkunft lediglich einen nicht offiziellen Charakter haben könne, da doch an einem einmal erlassenen Gesetz nicht mehr zu rütteln sei. Seine Ausführungen riefen schärfsten Widerspruch hervor, und die Delegierten erklärten, daß sie, falls der Zentralrat auf Ausschluß der Öffentlichkeit bestünde, sie sich selbst als Kongreß konstituieren und die Verhandlung zu Ende führen würden. Nach anderthalbstündigen, sehr heftigen Debatten fieng schließlich der Entschluß der Delegierten, und die Sitzung wurde nunmehr als öffentlich erklärt.

Sozialisierungskommission contra Regierung

Eingriffe in die Verwaltung.

Berlin, 4. Februar.

Wie baldmöglichst erklärt wird, scheint die Sozialisierungskommission nicht nur mit dem Reichswirtschaftsamt, sondern mit der gesamten Reichsregierung in offenen Konflikt geraten zu sein. Das Reichswirtschaftsamt behauptet, die Kommission habe ihre Anträge gegen Dr. Müller erhoben, ohne den Wortlaut der Müllerischen Ausführungen zu kennen, und die Reichsregierung habe darauf erwidert, ohne den Staatssekretär zu hören. Die Kommission, die doch ursprünglich nur ein Ausschuß von Sachverständigen und Wissenschaftlern zur Vorbereitung dieser Fragen sein sollte, habe aber von Anfang an sich nicht als Organ des Reichswirtschaftsamtes gefühlt, sondern sich Verordnungsgewalt angemahnt, behauptet, sie unterstehe nur der Reichsleitung und habe, was ohne Beispiel sei, direkt in die Verwaltung eingegriffen.

In den Kreisen des Reichswirtschaftsamtes hoffe man, daß die Nationalversammlung hier Ordnung schaffen werde. Auch der jüngste Vorschlag der Kommission, in die Verfassung auch die Neuordnung unseres Wirtschaftslebens, den Einschluß der Arbeiterklasse hineinzubringen, sei durchaus nicht ihr Verdienst, sondern von langer Hand von dem zuständigen Reichsreferat vorbereitet gewesen. Im übrigen, so wird endlich behauptet, seien ja die Lage der Reichsregierung voraussichtlich gesüßelt.

Rawitsch von den Polen genommen.

Sechste Tätigkeit an der Front.

Breslau, 4. Februar.

Die Stadt Rawitsch in Polen (12 000 Einwohner) ist von den Polen genommen worden. Das Telegraphenamt ist von ihnen besetzt, die Telegraphendrähte sind geschnitten. Die Dörfer in der Umgebung von Rawitsch werden von den Polen geplündert.

Ein polnischer Überfall auf ein Fort der Festung Thorn wurde glatt abgewiesen. Im übrigen hat der polnische Volksrat für den 20. März Wahlen zur großpolnischen Konstituante in den polnisch-sprechenden Gebieten Preußens ausgeschrieben, einschließlich für Westpreußen und Danzig.

Einmarsch in Bremen.

Die Würfel sind gefallen!

Berlin, 4. Februar. Amtlich.

Nachdem Bremen die am Sonntag mit der Reichsregierung getroffenen Abmachungen nicht innegehalten hat, es andererseits aber erforderlich war, die Absichten der zuständigen Stellen zu erreichen, ist der Division Werkenberg der Einmarsch befohlen worden. Bis auf Weiteres darf man hoffen, daß das Notwendige ohne erhebliche Opfer erreicht werden wird.

Soweit die amtliche Auslassung. Alle sonstigen Nachrichten aus Bremen lassen es aber leider nicht als möglich erscheinen, daß die Entlassung und Befreiung der Stadt ohne Blutvergießen vor sich gehen wird.

Geschützkampf und Angriff.

Nach den bis Dienstag abend vorliegenden Meldungen ist der Kampf, eingeleitet von Artilleriefeuer, gegen 10 Uhr vormittags entbrannt. Das schwerste Gefecht scheint sich im Süden von Bremen entwickelt zu haben; aber auch an den anderen Abschnitten ist der Kampf im Gange und allenthalben ertönt lebhaftes Maschinengewehrfeuer. Die Division Werkenberg hat die Stadt Bremen völlig umzingelt und geht in konzentrischem Angriff vor. Der Division sind zahlreiche Freiwillige aus Bremen und der Umgegend zugeströmt; außerdem hat sie noch eine Verstärkung an regulären Truppen durch die Schützenbrigade Stobbe mit zahlreichen Minenwerfern, leichter und auch schwerer Artillerie erhalten.

Hamburg und Bremerhaven für die Aufrührer. Die bewaffneten, spartakistischen Arbeiter aus Hamburg und Bremerhaven konnten den Bremern zu Hilfe. Und

vor sind in der Nacht aus Hamburg und Bremerhaven Verstärkungen für die Bremer Arbeiter eingetroffen. So kamen in Extrazügen von Bremerhaven 2000 Mann. Die Kraft der Hamburger Hilfstruppen sind, ist noch nicht bekannt. In der Nacht wurden von der Arbeiterklasse weitere umfangreiche Verteidigungsmaßnahmen getroffen. Es wurden auch einige Geschütze an die „Front“ geschafft.

Die Bremer im Lichte des Vorwärts.

Der Vorwärts urteilt mit Recht sehr scharf über die Vorgänge in Bremen und schreibt u. a.: „Wie die Wahlen zur Nationalversammlung geseit haben, bilden die jetzigen Gemalthehaber von Bremen eine lächerliche Minderheit — selbst innerhalb der Arbeiterklasse. Sie wollen aber gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse und gegen die Gesamtheit der Einwohner ihr Regiment mit Waffengewalt aufrecht erhalten und sie rufen zum offenen Krieg auf, weil es die Regierung übernimmt, die Interessen der Massen gegenüber ihrer Diktatur zu schützen. So weit sind diese ehemaligen Sozialdemokraten verkommen.“

Die Bedeutung von Hamburg und Bremen.

Die Begründung für das energische Vorgehen der Regierung liegt klar auf der Hand. Hamburg und Bremen sind nicht irgendwelche beliebige Städte, sondern Hafenplätze und unsere Tore zur Welt. Wenn die uns vertrieben werden sollen, wenn der Verkehr durch sie, die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung Deutschlands erschwert oder der Unsicherheit unterworfen werden, dann hört Bremen oder Bremerhaven oder Hamburg auf, lediglich lokale Bedeutung zu haben. Dann werden die Interessen des ganzen Volkes verletzt und die Reichsgewalt hat sie vor Schaden zu bewahren.

Nordschleswig.

Die Ansprüche der dänischen Regierung.

In diesen Tagen wurde die unwiderprochen gebliebene Meldung verbreitet, Dänemark habe sich an die Entente-Regierungen mit dem Ansuchen gewendet, auf der Friedenskonferenz die dänisch-sprechenden Gebiete Nordschleswig Dänemark zuzuerkennen. Ein Blick auf die Karte der sprachlichen Gliederung in Nordschleswig zeigt, daß mit dem Begriff „dänisch-sprechende Gebiete“ sich wenig anfangen läßt. Kleine Strecken dänischer Zunge weichen ab mit gemischt-sprachigen Bezirken und der Versuch einer reinlichen Scheidung dürfte ewig unfruchtbar Arbeit bleiben. Wer übrigens Nordschleswig und seine Bewohner aus persönlicher Anschauung kennt, weiß, daß recht viele von ihnen ebensogut deutsch wie



dänisch sprechen und im gleichen über ihre eigentliche Nationalität mindestens geteilter Anschauungen sein können. Sind somit die Abgrenzungen schwer zu ziehen, so ist es natürlich verständlich, wenn heute, wo alle Welt etwas aus dem Körper des Deutschen Reiches herauszuschneiden versucht, sich auch die Dänen melden. Schleswig-Dollstein kam 1864 an Preußen und Österreich und damit später an das Deutsche Reich, nachdem die Bevölkerung in langem Ringen, das sich mehrmals zu offenen Kämpfen und Kriegszügen verdichtete, die dänische Herrschaft als unerwünscht und unberechtigt abgelehnt hatte. Das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker könnte also in diesem Fall mindestens sowohl für die eine wie für die andere Seite ins Feld geführt werden.

Wolkwirtschaft.

* Freier Verkehr mit Obstweine. Die Geschäftsabteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst hat den Ablass von Apfel- und anderen Obstweinen des Jahres 1918 und der früheren Jahrgänge geregelt. Der bisher verbotene Ablass von Obstweinen des Jahres 1918 wird damit unter den in der Bekanntmachung festgesetzten Bedingungen gestattet. Für Obstweine sind höhere Preise festgesetzt als im vorigen Jahre. Sonst sind gegen früher keine wesentlichen Preisänderungen eingetreten.

* Neue Streiks in England. Die Vereinarbeitung der Maschinisten des Londoner Distrikts beschloß, die Arbeit am 6. Februar niederzulegen und nicht wieder aufzunehmen, bevor die 40stündige Arbeitswoche bewilligt ist.

Weit und Wissen.

— Eine neue Erfindung der Marconi-Gesellschaft. Die amerikanische Marconi-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie berichtet, daß ihr Hauptingenieur, Roy A. Bageant, ein Mittel entdeckt habe, das bezüglich einer rasen Übermittlung von Radiogrammen die größten Hindernisse beseitigt. Es handelt sich dabei um die Vervollständigung einer Erfindung, die die Statt in der drahtlosen Telegraphie ausbildet. Statt nennt man die in der Luft zirkulierende unkontrollierte Elektrizität. Diese Elektrizität macht es oft und in großen Zeitperioden unmöglich, drahtlose Telegramme abzulesen, da der Empfangsapparat die aufgenommenen Zeichen in keiner Weise verwerten und entschlüsseln kann. Die Statt bedeutet für die drahtlose Telegrafie, was früher das Summen bei Ferngesprächen auf große Distanz, das dem Empfänger unmöglich machte, irgend etwas außer dem Rauschen des Apparates zu hören. Die Erfindung Bageants verhindert durch ein „Auswahlverfahren“ das „Drahtloskommen“ oder Kreuzen verschiedener drahtloser Meldungen und zwar unabhängig von den Operationen irgendeiner Hochspannungsstation. Sie setzt ferner die Kraftmenge, die in Zukunft zur Betreibung einer drahtlosen Station benötigt wird, auf die Hälfte herab und gestattet so eine Ersparnis an Brennstoffen von 50%.

Sächs
Sonnenau
Sonnenau
1840
Waler Aug
die Schlei,
am Hagen
— 1899 B
1904 Begl
O Ver
von einer
beiterem
sprechen n
irgendein
Wichtig
worden
meinen B
vorbereit
einen sch
dennoch
haben sie
Zufrieden
mir befli
lich mach
das Sch
kann. W
alle die
woran wi
gefordert
daß es fei
gibt, als
selbst ge
ist die D
verarmt.
wird auch
sein ist al
— N
überall gro
vorhandes
Pfarrer S
Ausführun
gung gefie
die Gef
der ver n
werde.
bringende
Nächstlie
Feinden d
gend alles
Feinde über
tralen kan
schrift zu ge
Vereinigung
zu rechnen
In der Del
erschienenen
Zivilgefang
Die f
200 000 d
mungs- u
die Zulaf
bis auf w
von Post
Die 2
rauf lefor
Genähig
bedulden
zu erwir
der Helma
Es lin
von Leben
des fern
getroffen.
mitteilen
Nahrung
Damit die
Plan hier
muß zund
Einwohner
So f
Anstän
mit Aus
nebt Sa
und Bet
Einig
sen Jud
In V
nem V
Frankr
Allen U
Entsch
einige
Frank
setzte sich
tungs
verlich
dem sich
weiter n
eine win
nes erba
Frau in
eingew
geben
lassen un
Niele in
Mal, da
genug n
Ego
mplies
ger groß
braucht,
bahnhof
sein
zu gebe
Berühm